Sehr geehrte Frau prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, MdB Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

In meinem Beitrag konzentriere ich mich auf folgende Themenbereiche:

- 1. Vorsitz der Slowakei im Ausschuss der Minister des Europarates
- 2. Kandidatur der SR für die Mitgliedschaft im Rat der UNO für Menschenrechte
- 3. Aktuelle Aufgaben der Menscherechtspolitik in der SR

Erlauben Sie mir bitte gleichzeitig, kurz auf die einleitenden Auftritte zu reagieren.

1. Die Slowakei wird in der Zeit vom November 2007 bis Mai 2008 zum ersten mal den Vorsitz des Ministerauschusses des Europarates innehaben.

Bei der Erörterung des auslandspolitischen Berichtes der slowakischen Regierung, hat unser Ausschuss seine Zustimmung bezüglich der Prioritäten unseres Vorsitzes geäußert.

- Europa der Bürger,

Die SR/Slowakische Republik/ wird während ihres Vorsitzes einen Wert auf eine weitere Demokratisierung und Annäherung der internationalen Gemeinschaft und des Bürgers legen.

- Transparenter und effizienter Europarat,
- Der Slowakische Vorsitz wird sich um eine Verbesserung der Koordination der Tätigkeiten des Europarates mit anderen europäischen Institutionen wie OSZE, EU, UNO bemühen.
- Unterstützung der gemeinsamen basalen Grundwerte: der Menchenrechte, des Rechtsstaates und der Demokratie.
- Die SR verdeutlicht ihre Verpflichtung zum Kampf gegen alle Formen des Rasismus, gegen dem etnischen, religiösen und politischem Hass, einen permanentne Kampf gegen Diskriminierung, Rassismus Antisemitismus, Xenofobie, extremen Nationalismus und Schauvinismus und den Kampf für die Propagation der Wahrheit über den Holokaust auch auf dem Boden der Organisation zu führen.
- Von den mehreren internationalen Veranstaltungen, welche in der Slowakei stattfinden werden und an welchen auch die slowakischen Abgeordenten teilnehmen, habe ich einige ausgewählt:
- Internationale Konferenz mit dem Thema der Problematik der Roma
- Treffen der Agente der Mitgliedsländer des Europatrates für die Vertretung vor dem europäischen Gerichtshof für Menschenrechte
- Internationale Konferenz zum Thema der örtlichen und regionaler Demokratie

- 2. Unser Ausschuss unterstützt die Kandidatur der SR/Slowakische Republik/ in den Menschenrechtsrat der UNO für den Zeitraum 2008-2011. Bei den Wahlen im Jahr 2008 werden im Rahmen der osteuropäischen regionalen Gruppe zwei Plätze frei. Wenn wir die Mitgliedschaft erwerben würden, würden wir uns gerne an der positiven Umwandlung der Tätigkeit des Rates auch nach der Biligung der letzten institutionellen Änderungen beteiligen. Wir sind der Überzeugung, dass es weiterhin notwendig ist bei den Bemühungen der Lösung der katastrophalen Lage in Sudan, dem Zustand der gespannten Lage im mittleren Osten sowie auch bei der Lösung der Frage der Verletzung der Menschenrechte in Kuba, Nordkorea, Weissrussland, aber auch in anderen Ländern Hilfe zu leisten und in diesem Prozess weiter fortzufahren.
- 3. In der SR haben wir in den letzten Jahren bei der Einhaltung der Menschenrechte und der Rechte der Minderheiten eine Lage geschaffen, welche mit den EU Ländern vergleichbar ist. Die legislative Ordnung entspricht den Kriterien und Richtlinien der europäichen Gemeinschaft. Es wurden die basalen Institutionen für Menchenrechte errichtet. Inspiriert durch die heimischen Bedürfnisse sowie auch durch die Ideen des Europäischen Jahres der Chancengleichheit im Bereich der Entwicklung der Menschenrechte und der Rechte der nationalen Minderheiten ergeben sich meiner Meinung nach füe die SR folgende Aufgaben:
- Eine Fortsetzung der Implementierung der Verpflichtungen der SR, welche sich aus der Ratifizierung der Europäischen Charta der Minderheits und Regionalsprachen und der Rahmenkonvention und weiterer Konventionen ergeben.
- Verbesserung des Bewusstseins über das Recht der Gleichberechtigung und Beseitigung der Diskriminierung vor allem im Bezug auf die Minderheit der Roma, auf Frauen und Personen mit einer gesundheitlichen Behinderung. Eine höhere Beteiligung bei der Lösung seitens des Staates, der regionalen und örtlichen Verwaltung zu erreichen.
- Das Netzwerk der Menschrechtinstitutionen zu erweitern und die Stellung der bestehenden wie aus der Sicht der Kompetenzen sowohl auch wirtschaftlich zu stärken und somit auch zur Lösung der Krisenlage beim europäischen Gerichtshof für Menschenrechte beizutragen.

Da hier auch die Bemühung der Frau Bundeskanzlerin Merkel, die Frage des Verfassungsvertrages voranzutreiben erwähnt worden ist, erlauben Sie mir Sie abschließend zu informieren, dass unser Parlament bereits den Vertrag ratifiziert hat.

Trotzdem ist meine Regierung bereit, auf Kompromisse einzugehen.

Ich bin der Meinung, dass die Charta der Grundrechte auch in einer kürzeren Fassung des Vertrages präsent sein sollte.
Sehr geehrte Frau Vorsitzende ich freue mich auf eine weitere Zusammenarbeit im Rahmen des Netzwerkes der Menschenrechtsausschüsse, dessen Gründung ich stark unterstütze.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!